

## Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 04.02.2014  
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 18:40 Uhr

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Christel Wegmann Rhede

#### Mitglieder:

Barbara Büscher	Stadtlohn
Frank Engbers	Südlohn
Helga Gliem	Borken
Martin Huesmann	Ahaus
Berthold Langehaneberg	Legden
Karl-Heinz Pfaffe	Stadtlohn
Stephanie Pohl	Gescher
Helmut Roters	Reken
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Marlis Spieker-Kuhmann	Bocholt
Matthias Bodo Stratmann	Heiden
Heinz-Josef Tönnies	Heiden

Vertretung für Herrn Benedikt  
Kemper

#### beratende Mitglieder:

Heike Geisler	Borken
Dr. Ansgar Hörster	Borken
Meinolf Müller	Borken
Matthias Schlettert	Borken

Vertretung für Herrn Ulrich Kolks  
Vertretung für Herrn Andreas  
Schwinning (bis 18.00 Uhr, TOP 1)

Christian van der Linde	Borken
Alfred Wellers	Vreden

#### Es fehlen entschuldigt:

Ute Gertz	Bocholt
Bernadette Jormann	Isselburg
Sigrid Kliem	Reken
Wolfgang Kurt Mazur	Gronau
Dr. Martin Middeler	Borken
Jürgen Terhart	Bocholt

**Vertreter/innen der Verwaltung:**

Markus Grotendorst  
Elisabeth Möllenbeck  
Norbert Wiemer

**Erledigung der Tagesordnung:**

Die Vorsitzende Frau Wegmann eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt die Erschienenen.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Frau Seidensticker-Beining, dass der Antrag der SPD-Fraktion Nr. 02-03 ‚Änderung der Elternbeitragsatzung‘ zurückgezogen werde.

**A. Öffentlicher Teil****Punkt 1:        **Vorberatung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2014 - Budget 02 - Jugend und Familie**  
**Vorlage: 0032/2014****

---

Herr van der Linde stellt die wesentlichen Punkte zum Budget 2014 an Hand einer Folienpräsentation (**Anlage 1**) vor und erläutert die Veränderungsliste gegenüber dem Haushaltsentwurf.

Die leicht rückläufige Fallzahlentwicklung in der Heimerziehung ermögliche eine Reduzierung des Ansatzes in der Planung 2014. Für die nächste Sitzung würden genauere Informationen zu dieser Entwicklung vorbereitet.

Die Vorsitzende Frau Wegmann ruft die Stellenübersicht und die einzelnen Produkte zur Beratung auf.

Herr Langehaneberg schlägt zum Produkt ‚Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege‘ vor, die Weiterentwicklung der Elternbeitragsregelungen im Rahmen der Revision des Kinderbildungsgesetzes neu aufzugreifen. Frau Seidensticker-Beining ergänzt, dass die Verwaltung die Umsetzung der bisherigen Beschlusslage im Zuge dieser Gesetzesänderung verfolgen solle.

Kreisdirektor Dr. Hörster weist darauf hin, dass eine kreiseinheitliche Anpassung der Elternbeitragsregelungen aufgrund einer unterschiedlichen politischen Bewertung in den Jugendhilfeausschüssen nicht zustande gekommen sei.

**Antrag Nr. 02-02 der SPD-Fraktion vom 28.01.2014: Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz – Familiengutscheine**

Frau Seidensticker-Beining stellt den Antrag vor. Im Zusammenhang mit dem Ausbau Früher Hilfen seien die Regelungen zu den Familiengutscheinen neu zu bewerten. Der Ausschuss solle nun auch Geschwisterkinder von diesem Angebot profitieren lassen.

Herr Langehaneberg unterstützt den Antrag. Der Familiengutschein sei im Jahr 2008 auf Initiative der CDU eingeführt worden. Das Angebot habe sich bewährt und die bisherige Beschränkung auf das erste Kind einer Familie könne aufgehoben werden. Die Deckung des vergleichsweise geringen Mehraufwandes könne innerhalb des Budgets erwirtschaftet werden, ohne dass es eines konkreten Bezuges – wie vorgeschlagen – zu den Elternbeiträgen bedürfe.

Auch Frau Gliem schließt sich der Unterstützung für den Antrag an.

Herr van der Linde erläutert die Historie zur Beschränkung des Familiengutscheines auf das erste Kind einer Familie mit dem Bezug zu den Elternbriefen. Der Elternbrief richte sich mit Informationen zur Entwicklung, Pflege und Erziehung von Kindern gerade an junge Eltern. Im Weiteren verweist er auf TOP 2. Die Ziele des Familiengutscheines würden dagegen auch für die weiteren Kinder einer Familie gelten. Nach ersten Überlegungen könne der Aufwand durch den zusätzlichen Versand an die weiteren Kinder dadurch klein gehalten werden, dass der Familiengutschein mit dem Elterngeldbescheid versandt werde.

Beschluss: einstimmig

#### Antrag Nr. 02-01 der CDU-Fraktion vom 24.01.2014: Überprüfung und Entwicklung eines Konzeptes für die Arbeit mit jungen Intensivstraf Tätern

Herr Langehaneberg stellt den Antrag vor und erläutert, dass anlässlich der positiven Erfahrungen zu dem Projekt im Kreis Coesfeld die Übertragbarkeit der Handlungsansätze auf den Kreisjugendamtsbezirk überprüft werden solle.

Herr Huesmann erkundigt sich nach der Zielgruppe und nach dem Bedarf für ein solches Projekt. Herr Langehaneberg stellt klar, dass der Antrag diese Bedarfsprüfung beinhalte.

Herr Müller erklärt, dass in der polizeilichen Praxis Intensivstraf Täter besonders beobachtet und angesprochen würden. Das Verfahren werde aktuell optimiert. Bei mehrfacher Auffälligkeit im Straf- und Ordnungswidrigkeitenbereich werde der Bezirksdienst informiert. Ziel sei, frühzeitig entgegen zu wirken und auffällige Jugendliche in ihrem sozialen Umfeld auszumachen. Die Polizei sei dabei auch Informationslieferant für die Akteure im Bereich der sozialen Arbeit. Das Programm laufe in Kürze an.

Herr Müller berichtet aus dem Kontakt zu der an dem Projekt in Ascheberg/Kreis Coesfeld beteiligten Polizei. Das Projekt sei erfolgreich verlaufen, allerdings sei nach der Laufzeit auch wieder ein Rückfall der jungen Menschen in vorherige Verhaltensweisen erkennbar geworden. Deshalb müsse nach der Projektphase eine Betreuung aufrechterhalten werden. Die Erfahrungen aus dem Projekt könnten gegebenenfalls auch von der dortigen Polizei vorgestellt werden. Einen vergleichbaren Ansatz verfolge das Projekt „Kurve kriegen“, das zurzeit evaluiert werde.

Herr van der Linde fügt hinzu, dass der Kreis Coesfeld über positive Auswirkungen auf die vernetzte Arbeit zwischen Polizei und Jugendamt sowie weiteren Akteuren berichtet habe.

Frau Seidensticker-Beining schlägt vor, den Antrag zu Gunsten einer Überprüfung der Bedarfslage zurückzustellen.

Kreisdirektor Dr. Hörster fasst zusammen, dass vergleichbare Problemlagen im Kreisjugendamtsbezirk sowie die Erfolgsmomente des Projektes geprüft und die Ergebnisse dann im Ausschuss vorgestellt würden. Darauf aufbauend könne dann gegebenenfalls ein Konzept für eine räumlich begrenzte Zielgruppe entwickelt werden.

Beschluss: einstimmig

Die Vorsitzende Frau Wegmann lässt sodann über die Vorberatung des Entwurfes des Budgets 2014 inklusive der Änderungsliste abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Haushaltsplan 2014 – Budget 02 – Jugend und Familie – in der vorliegenden Fassung der Änderungsliste zu verabschieden.

**Punkt 2: Informationsangebote zur Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz**  
**Vorlage: 0035/2014**

---

Herr van der Linde stellt die Vorlage vor. Das Angebot der Elternbriefe habe sich bewährt. Die Inhalte würden regelmäßig überarbeitet. Das Konzept solle aufgrund der Beschränkung des Versandes auf das erste Kind einer Familie lediglich um eine Nachbestellmöglichkeit bei Geschwisterkindern ergänzt werden.

Ergänzend würde eine Informations- und Verweissammlung auf den Internetseiten des Fachbereiches eingerichtet, die die Erreichbarkeit junger Eltern mittels neuer Medien fördern solle. In die Sammlung würden keine kommerziellen Informationen einbezogen.

Herr Huesmann empfiehlt, den Beschlussvorschlag um die Beschränkung auf nicht-kommerzielle Informationen zu ergänzen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Das Konzept zum Versand der ‚Elternbriefe‘ an Eltern für ihr erstes Kind wird mit der Ergänzung einer Nachbestellmöglichkeit für einzelne Exemplare bestätigt.
2. Das Konzept wird um eine gebündelte Bereitstellung von Informationen und Verweisen auf weitere nicht-kommerzielle Informationen zur Entwicklung, Pflege und Erziehung von Kindern ergänzt. Auf dieses Angebot wird innerhalb des ersten Informationspaketes aufmerksam gemacht.

**Punkt 3: Auswirkungen der geplanten zweiten KiBiz-Revision (Kabinettsentwurf)**  
**Vorlage: 0036/2014**

---

Herr Wiemer führt in die Vorlage ein und weist auf die Stellungnahme der Kommunalen Spitzenverbände als Tischvorlage hin (**Anlage 2**). Der Kabinettsentwurf sehe die Stärkung der Elternperspektive, Neuerungen in der sprachlichen Bildung sowie bildungsbenachteiligten Sozialräumen und eine weitergehende finanzielle Unterstützung der pädagogischen Arbeit vor. Die Gewährung der neuen Landeszuschüsse zur Sprachförderung und für die KITApplus-Einrichtungen richte sich dabei nach dem Schlüssel der Kinder unter 7 Jahren im Leistungsbezug SGB II bzw. nach einem Schlüssel ‚Familien mit fremder Muttersprache‘. Von dem Förderansatz KITApplus könnten nach erster Einschätzung 6 Kitas im Kreisjugendamtsbezirk profitieren.

Das Landesfamilienministerium habe nach der Anhörung der kommunalen Spitzenverbände eine frühzeitige Verfahrensfortsetzung zur Gesetzesberatung signalisiert. Das geplante Inkrafttreten des Gesetzesvorhabens nach der Verabschiedung im Landtag und der Bekannt-

machung im Sommer sei insoweit unklar, als damit noch eine Rückwirkung auf die aktuellen Planungen für das kommende Kindergartenjahr ab dem 01.08.2014 (Beantragung der Landesförderung nach KiBiz bis zum 15.03.2014) verbunden sein könne.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

---

**Punkt 4: Mitteilungen der Verwaltung**

---

**Punkt 4.1: Förderung der psychosozialen Beratungsstelle bei Misshandlung, Vernachlässigung und sexuellem Missbrauch von Kindern in Bocholt**

---

Herr van der Linde berichtet, dass ein Abstimmungsgespräch über die Kooperationsvereinbarung mit der Beratungsstelle und dem Träger am 28.01.2014 stattgefunden habe. Die Vereinbarung werde nach der Unterzeichnung durch die Beteiligten dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben.

---

**Punkt 4.2: Bundesstatistik zur Kinder- und Jugendhilfe 2012**

---

Kreisdirektor Dr. Hörster macht auf die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zu den Kosten in der Kinder- und Jugendhilfe für das 2012 aufmerksam. Die Kosten seien bundesweit wiederum deutlich angestiegen. Die wesentlichen Erkenntnisse der Statistik sei in einer Pressemitteilung des Landkreistages aufbereitet worden, die der Niederschrift beigelegt werde (**Anlage 3**).

*Die Statistik ist veröffentlicht auf der Internetseite*

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/Ausgaben/EinnahmenJugendhilfe.html>.

---

**Punkt 5: Anfragen**

---

**Punkt 5.1: Sitzung der Planungsbegleitgruppe**

---

Frau Seidensticker-Beining fragt an, ob zur Thematik ‚Inklusion‘ die Planungsbegleitgruppe einberufen werde.

Frau Möllenbeck berichtet, dass das Thema in den Arbeitsgemeinschaften mit den freien Trägern bereits beraten werde. Die Arbeitsgemeinschaften ‚Tagesbetreuung‘ (AG I) und ‚Jugendarbeit‘ (AG II) behandelten das Thema fortlaufend. Die Arbeitsgemeinschaft ‚Hilfen zur Erziehung‘ (AG III) habe eine Untergruppe gebildet, die in einer ersten Sitzung in das Thema eingestiegen sei.

Herr van der Linde ergänzt, dass in der Planungsbegleitgruppe das weitere Verfahren zur Erarbeitung der komplexen Thematik abgestimmt werden könne. Gleichzeitig werde dann auch das Verfahren zur Aufstellung des Kinder- und Jugendförderplanes behandelt.

**Punkt 5.2: Spezialisierung der Eingliederungshilfe**

---

Frau Seidensticker-Beining erkundigt sich nach den Erfahrungen mit der Spezialisierung der Eingliederungshilfe. Ihr sei zugetragen worden, dass es aktuell längere Bearbeitungszeiten insbesondere bei Anschlusshilfen gebe.

Herr van der Linde erklärt, dass bisher positive Erfahrungen mit der Spezialisierung in der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII gemacht worden seien und keine generell längeren Bearbeitungszeiten festgestellt werden könnten. Die Eingliederungshilfe unterliege vielen Abhängigkeiten, gegebenenfalls müssten im Einzelfall die Gründe für längere Verfahren untersucht werden.

Frau Spieker-Kuhmann berichtet, dass nach ihren Erfahrungen mit der Spezialisierung der Eingliederungshilfe auch bei anderen Jugendämtern eine Vereinfachung des Verfahrens eingetreten sei.

**Punkt 5.3: Informationshinweise**

---

Herr Huesmann weist auf Medienberichte hin, in denen Herr Professor Merchel, Fachhochschule Münster, zu den Vorwürfen von zwei Berliner Rechtsmedizinerinnen gegen deutsche Jugendämter Stellung nehme. Darin würden die Jugendämter verteidigt und die Maßnahmen in den vergangenen Jahren, um dem wachsenden Unterstützungsbedarf von Eltern zu begegnen, anerkannt.

**Ende des öffentlichen Teils**